

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

22.9.1922 (No. 221)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.,
Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 M. — Einzelnummer 4 M. — Anzeigengebühr: 6 M. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerwartete Druckfehler und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Führung früherer Hoheitszeichen.

** Das Staatsministerium hat genehmigt, daß für die Eintragung von Firmenänderungen in das Handelsregister, die zur Beseitigung von Ausdrücken wie „Hoflieferant“ und dergleichen notwendig werden, Gebühren nicht erhoben werden. Das Justizministerium hat auf Grund einer gleichzeitig erteilten Ermächtigung den Amtsgerichten die Befugnis erteilt, die in solchen Fällen anzufordern Gebühren niederzuschlagen. Zur Erhebung kommen nur die erwachsenen Auslagen.

Zuckerung des Weines.

Weinherbst 1922.

** Über den zu erwartenden Herbstausfall liegen zurzeit keine zuverlässigen Nachrichten vor. Immerhin ist mit einer erheblichen Zahl zuckerungsbedürftiger Moste zu rechnen. Es muß aber entschieden davor gewarnt werden, die Verbesserung nach eigenem Gutdünken vorzunehmen. Unter allen Umständen empfiehlt es sich, zuvor den Rat der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberges einzuholen, schon um sich vor einer etwaigen Bestrafung wegen Übertretung des § 3 des Weingesetzes zu schützen. Die Absicht, Traubenmost zu zuckern, ist dem Bürgermeisteramt anzuzeigen; die Zuckung selbst darf nur in der Zeit vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember des Jahres vorgenommen werden. Die Bedingungen, unter welchen die Untersuchung und Begutachtung von Traubenmostproben seitens der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt erfolgen, werden nachstehend mitgeteilt:

Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche unter der Adresse „Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, Post Gröbzingen in Baden“ einzufinden und dabei neben der Erklärung, daß es sich um naturreinen Traubenmost handelt, anzugeben:

1. wann die Trauben gelesen sind,
2. aus welcher Gemarung und von welchem Rebgewinn die Trauben herstammen,
3. ob die Trauben oder der Most mit Trauben oder Mosten anderer Rebgewinne vermischt worden sind,
4. ob die Lage der Rebstöcke gut, mittel oder gering ist,
5. nach welcher Himmelsrichtung die Rebstöcke liegen,
6. aus welchen Traubensorten der Most gewonnen wurde und
7. wann verschiedene Traubensorten gekeltert worden sind, in welchem Gewichtsverhältnis diese Traubensorten aneinander gestanden haben.

Der Untersuchungsprobe sind zur Verhütung der Gärung auf je 1/2 Liter 5 Tropfen Formalin (40 prozentige Formaldehydlösung) oder 10 Tropfen Senföl zuzusetzen. Bereits in Gärung befindlichen Mosten muß die doppelte Menge der genannten Konservierungsmittel beigegeben werden. Das Konservierungsmittel ist durch leichtes Schütteln mit der Flüssigkeit in innige Verührung zu bringen.

Für die Untersuchung und Begutachtung jeder einzelnen Mostprobe wird:

- a) bei frischen, noch nicht in Gärung gekommenen Mosten eine Gebühr von 90 M.,
- b) bei Mosten, bei denen schon ein Teil des Zuckers vergoren ist, eine Gebühr von 180 M. erhoben. Diese Gebühr wird badischen Landwirten, welche nur ihr eigenes Gewächs kelterten, bei a) auf 75 M., bei b) auf 150 M. ermäßigt.

* Der sozialdemokratische Parteitag.

I.

Der seit Beginn dieser Woche in Augsburg versammelte Parteitag der Mehrheitssozialdemokratischen Partei hat gestern das Aktionsprogramm, das der Wiedervereinigung mit den Unabhängigen zugrunde liegt, und das Einigungsprogramm als solches einmütig angenommen. Redner, die die Absicht hatten, an diesen oder jenen Bestimmungen Kritik zu üben, kamen erst gar nicht zu Wort, da der Parteitag, wie gemeldet wird, unter jubelnden Kundgebungen die sofortige Abstimmung forderte. Die Annahme des Aktionsprogramms und der zwischen den beiden Parteileitungen getroffenen Vereinbarungen organisatorischer Art erfolgte einstimmig. Daran, daß auch die zurzeit in Gera versammelten Unabhängigen durch Parteitagbeschlüsse dem Aktionsprogramm und den Vereinbarungen zustimmen werden, und zwar mit großer Mehrheit, ist nicht zu zweifeln.

Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige, die sich zum Schaden der Arbeiterklasse, gleichzeitig aber auch zum Schaden einer ruhigen innerpolitischen Gesamtentwicklung durch die letzten Jahre hindurch aufs bestmögliche bekämpft haben, bilden nun wieder eine gemeinsame Partei. Da die eigentliche Trägerin der sozialdemokratischen Politik die Mehrheitssozialdemokratie war, da sie am stärksten und geschlossensten den politischen Willen der großen Mehrheit der sozialistisch gesinnten Bevölkerung

Deutschlands verkörperte, ist sie es auch, die den Hauptvorteil von der Wiedervereinigung hat. Letzten Endes ist es doch ihre Politik, die sich als die richtigere erwiesen hat. Und wenn auch in dem Aktionsprogramm den Unabhängigen im einzelnen Konzessionen gemacht worden sind, so bedeutet doch der ganze Vorgang der Wiedervereinigung nichts anderes, als daß die Unabhängigen — nicht gerade reumütig, aber doch mit besserer Einsicht — zur großen Mutterpartei zurückkehren.

Meridings sind es nicht mehr die Unabhängigen des Reichstagswahlkampfes vom Juni 1920, die diese Rückkehr bewerkstelligen; sondern es ist nur ein Bruchteil, vielleicht die Hälfte derer, die damals jenen bemerkenswerten Wahlsieg errangen. Die Entwicklung der letzten zwei Jahre hat eben der Politik der Unabhängigen keineswegs Recht gegeben. Ständig sahen sie zwischen zwei Stühlen, zwischen dem mehrheitssozialdemokratischen und dem kommunistischen Stuhl. Nie haben sie sich infolgedessen zu einer wirklich einheitlichen, mitfortschreitenden Politik aufraffen können. Und so ist es gekommen, daß ihr Einfluß bei einem Teil der Massen nach und nach abbröckelte. Wo die Unabhängigen in aller Form aus der Politik gelangten, erwiesen sie sich — vor rühmlichen Ausnahmen abgesehen — als regierungsunfähig. Wo sie aber richtige Männer ins Treffen zu senden hatten, fielen sie ihnen hernach mit allerlei Doktrinarismen und Disziplinlosigkeiten in den Rücken. Schließlich mußte sie es vor etwa Jahresfrist erleben, daß die radikal bzw. kommunistisch gesinnten Elemente von ihr abfielen und mit den Kommunisten die Vereinigte kommunistische Partei bildeten. Schon damals haben wir betont, daß nunmehr eine Existenzberechtigung für die Unabhängigen nicht mehr gegeben sei, und daß ihnen wohl nichts anderes übrig bleiben werde, als sich der Mehrheitssozialdemokratie wieder anzuschließen.

Einige Wässerlein mußten aber doch noch den Berg herunterfließen, bis es so weit kam. Vor allem mußte die Atmosphäre gegenseitiger Befehdung und gegenseitigen Mißtrauens abgebaut werden. Vielleicht wäre dieser Abbau nicht so rasch erfolgt, wenn nicht äußere Ereignisse beide Parteien auf das Gemeinsame ihrer Ziele und Bestrebungen nachdrücklich hingewiesen hätten. Man kann heute ruhig sagen, daß das immer frecher werdende Gebaren der Reaktion, vor allem aber die Ermordung Rathenaus, in diesem Sinne gewirkt hat. Wenn also heute die rechtsorientierten Kreise unseres Volkes die Wiedervereinigung als ein bedenkliches Symptom der innerpolitischen Entwicklung beklagen, so können diese Kreise getroßt davon überzeugt sein, daß sie selbst es waren, die dieses Symptom hervorriefen!

Wie wird man in den anderen Parteien die Wiedervereinigung zu beurteilen haben? Wir meinen zunächst, daß man jene Beschlüsse, wie sie auf Seiten der Reaktion zu finden sind, nicht ohne weiteres zu teilen braucht. Daß die Wiedervereinigung auch dann, wenn man die ziffernmäßige Stärke der Unabhängigen richtig einschätzt, die Stoßkraft der Sozialdemokratie als solchen verstärkt, ist selbstverständlich. Soweit sich daraus aber Bedenken gegen ein Überhandnehmen des sozialdemokratischen Einflusses im Rahmen der Koalitionspolitik ergeben, so haben die nichtsozialistischen Parteien der Koalition ja bereits durch Bildung der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“, zu der sie auch die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei hinzuzogen, ein Gegengewicht geschaffen. Und man darf wohl erwarten, daß die wiedervereinigte Sozialdemokratische Partei die Tatsache, daß sie selbst im Reiche nicht über die Mehrheit der Wählerstimmen verfügt, nachwieder gebührend einschätzen, andererseits aber sich der Mitarbeit am Wiederaufbau nicht entziehen wird.

Die heute bestehende Koalition im Reiche muß, nachdem die Reparationsfrage immer mehr und mehr in das Jahrwasser der Wirtschaftspolitik geraten ist, doch einmal erweitert werden, und zwar erweitert werden durch die Hinzunahme der Partei, die die eigentliche Vertreterin des Unternehmertums ist, der Deutschen Volkspartei. Gewiß ist die Stimmung bei den Sozialdemokraten zurzeit dem Gedanken einer solchen Erweiterung der Koalition nicht gerade geneigt. Und der linke, d. h. also früher unabhängige Flügel der Partei wird diese Stimmung noch vergrößern. Aber es ist doch für die vorichtige Haltung, die die Sozialdemokratie in dieser Frage offiziell einnimmt, bezeichnend, daß der Augsburger Parteitag einen Antrag, der die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei ausschließt, abgelehnt hat.

Im Rahmen einer erweiterten Koalition werden sich immer eben die einzelnen Koalitionsparteien über ein gemeinsames Programm zu einigen haben. Dabei werden die Sozialdemokraten Konzessionen machen müssen. Aber auch die Deutsche Volkspartei wird um Konzessionen nicht herumkommen. Die ziemlich einseitige Vorherrschaft ihres großindustriellen Flügels wird jedenfalls, wenn eine solche erweiterte Koalition zustande kommen soll, nicht mehr so in Erscheinung treten dürfen, wie das bisher der Fall gewesen ist, mag man auch die Bedeutung dieses Flügels hoch genug einschätzen. Bei der Zusammenarbeit der Koalitionsparteien wird es sich immer darum handeln, Einseitigkeiten und Schroffheiten in der Vertretung rein parteipolitischer Forderungen zu vermeiden. Unser parlamentarisches System ist nun einmal auf die Zusammenarbeit mehrerer Parteien angewiesen. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, daß eine jede Partei, die vaterländisch genug fühlt, um die Verantwortung für den Wiederaufbau zu übernehmen, grundsätzlich zu Konzessionen bereit ist, um so eine Plattform zu ermöglichen, die für alle Koalitionsparteien betretbar ist.

Wer die Verhandlungen des Augsburger Parteitages unbefangen gelesen hat, wird den unwertwürdigen Eindruck gewonnen haben, daß die Führer der Partei und die übergroße Mehrheit der Mitglieder die Notwendigkeit einer solchen Politik grundsätzlich einsehen. Und wenn etwas an dem Verlauf des Augsburger Parteitages erfreulich ist, so ist es die Tatsache, daß sich auf diesem Parteitag ein Maß von Staatsbewußtsein und staatspolitischer Erkenntnis geltend gemacht hat, wie man es noch vor einigen Jahren kaum für möglich gehalten hätte. Und das ist immerhin eine Hoffnung auch für die Zukunft, und zwar auch dann, wenn man das Herinnehen der Unabhängigen als eine Verstärkung radikalerer Tendenzen auffaßt. Aber auch der linke, früher unabhängige Flügel der Partei wird sehr bald noch besser als bisher einsehen, daß die Politik der Mehrheitssozialdemokraten sowohl im Interesse der Partei selbst, wie im Interesse der Gesamtheit im großen und ganzen die richtige gewesen ist. Damit wäre dann auch dieser einstweilen noch radikalere Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft für die Mitarbeit am Staate gewonnen. Und so würde sich dann die Wiedervereinigung bewähren als ein Akt zum Nutzen der Allgemeinheit!

Die „Befreier“.

Von Dr. Fahncke, M. d. R.

Die Unerlösten wollte der Feind erlösen, die Unterjochten befreien. Unter diesem Vorwand nahm Frankreich Elsaß-Lothringen, ließ die Entente einen Teil von Oberschlesien an Polen fallen und unterstellte sie das Saargebiet dem Völkerbunde. Wie die Erlösung aussieht und wie sie empfunden wird, darüber belehren die Klagen, die immer lauter aus allen jenen Gebieten zu uns dringen. Wahre Tragödien sind es, welche die dortige Bevölkerung erleben und erleben muß.

In Elsaß-Lothringen ist die Unzufriedenheit mit der Franzosenwirtschaft so groß, daß bereits Sturmzeichen am Horizont erscheinen. Eine neue Elsaßer Partei, geführt von dem Sohn des früheren Staatssekretärs Jörn v. Bulach, hat sich gebildet, die in ihren wichtigsten Programmpunkten restlose Gleichberechtigung der deutschen gegenüber der französischen Sprache, Befreiung der wichtigsten Ämterstellen mit Elsaß-Lothringern u. a. verlangt und schon durch ihr Dasein einen Beweis dafür bildet, daß die Mißstimmung einen sehr hohen Grad erreicht hat. Frankreich will Elsaß-Lothringen mit Gewalt französisch machen und dem letzten Staatsbürger germanischen Blutes den Stempel des französischen Menschen aufdrücken. Es soll dort keine anderen Einrichtungen geben als die aus der französischen Wurzel gewachsenen, und es sollen keine anderen Menschen dort leben als solche, die der Eigenart der französischen Nation entsprechen.

Anfangs hatte der Gouverneur von Metz die deutsche Sprache für den gesamten Verkehr verboten. Das Verbot mußte zurückgenommen werden wegen der Erregung, die sich der Bevölkerung bemächtigte. Zu Ende des Jahres 1921 wurde es für öffentliche Veranstaltungen erneut erlassen. In der Schule darf der Unterricht nicht mit dem Deutschen begonnen werden, das Deutsche auch nicht gleichzeitig mit dem Französischen gelehrt, muß vielmehr möglichst hinausgeschoben werden, damit die Kinder erst einmal ausreichend französisch reden, lesen und schreiben können. Deutsche Lehrer wurden zurückgesetzt und die Verwaltung in die Hand von Franzosen gelegt. Die größte Grausamkeit aber, die der dortigen Bevölkerung die letzten Sympathien für Frankreich geraubt hat, war die Ausweisung Hundertt von Deutschen aus ihrem alten Vaterland. Bis in das letzte Dorf hinein hat diese Brutalität Empörung getragen.

Nicht minder löblich ist der Jörn über die französischen Gewalttaten im Rheinland. Freiheitsberaubung, Verkehrsbehinderung, finanzielle Überlastung, Wohnungsnot — darin gibt

felt die althe Rheinpakt des Herrn Poincaré. Die Bevölkerung wird von der Befähigung gerührt und fürchtet noch deren Vermehrung, falls die jetzt eingeleiteten Reparationsverhandlungen ungünstig verlaufen sollten. Die Emser Ein- und Ausfuhrstelle sieht wie ein Pfahl im rheinischen Wirtschaftsförpser. Trotz allem halten die Rheinländer in ihrer urchinischen Gesinnung stand, weisen nicht nur jede Unterwerfung unter den französischen Imperialismus, sondern auch diejenigen Bestrebungen zurück, welche sich auf die Schaffung einer eigenen rheinischen Republik richten. Der Beschluß, alle Loslösungsgebanten ruhen zu lassen, solange die Besatzung dauert, bleibt in unangefochener Geltung.

Auf die Annexion des Saargebietes arbeitet Frankreich zielbewußt hin. Ein Versuch, es schon durch den Friedensvertrag von Deutschland loszureißen, scheiterte an dem Widerstande Wilsons und Lloyd Georges, wels letzterer „kein neues Elsaß-Lothringen“ geschaffen sehen wollte. Was direkt nicht möglich war, soll nun auf indirektem Wege erreicht werden. Man behandelt das Saargebiet sachlich als Staat, gab ihm ein besonderes Wappen und besondere Landfarben, verweigert ihm aber das dann logischerweise notwendige Parlament. Was man schließlich als „Parlament“ einführt, ist nur äußerliche Staffage, hinter der die Entrichtung und Mundtotmachung des Saarvolkes verborgen wird. Die Regierungskommission steht unter französischem Einfluß, und Französlinge wie Hector werden geflüchtig beborzogen. Die Benachteiligten sind die Einheimischen, und ihre Stimmung ist alles eher als franzosenfreundlich.

Das gleiche Bild zeigt sich in Ost-Oberschlesien. Deutsches Wesen und deutsche Kultur wird mit allen Mitteln unterdrückt. Im sogenannten Nezegau wurden 1100 deutsche Kinder polnischen Lehrkräften zugewiesen. Die Hälfte dieser Kinder wird nur vertretungsweise unterrichtet, die andere Hälfte in rein polnische Schulen gezwungen. Man begnügt sich nicht damit, von den in Oberschlesien vorhandenen 75 Kohlenruben 59 an Polen gebracht zu haben, man will den Deutschen noch mehr Gruben nehmen. Die treibende Kraft ist dabei Korfant, der als Vorsitzender des Ausschusses der polnisch-französlischen Bank und der polnisch-französlischen Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der ehemals preußisch-fiskalischen Gruben ein persönliches Interesse an der Ausdehnung seiner Unternehmungen hat. Dabei geht die Förderung und der Bestand von Kohlen in den geraubten Oberschlesien zurück. Das Eisenbahnsystem befindet sich in einem unbeschreiblich schlechten Zustand, die Halbenvorräte werden nicht geräumt, die Wagen stehen oft tagelang umher. Feterfchichten, Lohnfuzungen sind die Folge, die umso empfindlicher sich geltend macht, als die Teuerung in Ost-Oberschlesien noch größer ist als in West-Oberschlesien.

Verprochen wurde von den „Befreierern“ viel, gehalten wenig oder nichts. Die Bevölkerung vermischt die Fremdherrschaft und möchte das ihr auferlegte Joch je eher je lieber abschütteln. Offenlich schlägt ihr in nicht zu ferner Zeit die Stunde der wirklichen Befreiung.

Der Kampf um die Muttersprache in Elsaß-Lothringen.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Grenzland-Korr.“ einen mit obigen Ausführungen eng zusammenhängenden Artikel, der uns aufs neue zeigt, wie die „Befreier“ in Elsaß-Lothringen auch gegen die Sprachpolitik vorgehen:

Seitdem man in Elsaß und Lothringen die Franzosen als die „Befreier“ jubelnd begrüßt und mit ihnen und zu ihren Ehren Feft auf Feft gefeiert hat, ist schon viel Wasser den Rhein hinabgeflossen, viel Wasser aber auch schon in den Wein der „mit dem Mutterland wieder vereinigten Provinzen“ gegossen worden. Selbst elsaß-lothringische Politiker und Zeitungen, die sonst in allen den gegenwärtigen nationalistischen Kurs in Frankreich mitmachen und mit den wachsenden Franzosen an Deutschfeindlichkeit weitergehen, äußern heute in mancher Beziehung ihre Unzufriedenheit. Der Unwille richtet sich gegen die gewalttätige Französlisierung des Landes, gegen die aus dem Innern Frankreichs gekommenen Beamten, Lehrer und Lehrerinnen, die kein Wort der deutschen Landessprache verstehen, die Sprache von 1/2 Millionen Menschen, mit denen sie zu tun haben; der Unwille richtet sich gegen die gesamte Sprachpolitik, die von Paris aus betrieben wird und sich nicht nur in der Verdrängung der Deutschen aus allen Verwaltungen, sondern auch in dem Verbot hochdeutsch geschriebener Theaterstücke an den öffentlichen Bühnen, in Lothringen zum Teil auch an den Privatbühnen, auswirkt. Vor allen Dingen aber ist die elsaßische und lothringische Bevölkerung empört über die Mißhandlung ihrer Muttersprache im Schulbetrieb.

In der Volksschule beginnt die Unterweisung im Deutschen erst im 4. Schuljahre, wenn die Kinder die deutschen Sprachelemente, die sie aus dem heimischen Dialekt mitbrachten, unter dem Einfluß des mechanisch eingerichteten Französlischen vergessen oder verdrängt haben. Man läßt das Bekannte zuerst entfremden, anstatt vom Bekannten auszugehen. Kinder, die nur Deutsch verstehen, kommen zu Lehrpersonen in die Schule, die nur Französlisch sprechen. Vom 4. Schuljahre ab ist dann Unterweisung im Deutschen gestattet, und zwar drei Stunden in der Woche. Auch darf der Religionsunterricht an vier Wochenstunden in deutscher Sprache erteilt werden, doch wünscht die hohe Schulverwaltung, daß auch der Religionsunterricht auf Französlisch erfolge, sobald die Kenntnisse der Schüler dies ermöglichen. Angesichts dieser Methode wirt der in Straßburg erscheinende „Elsaß“ die vom pädagogischen Standpunkt gewiß berechtigte Frage auf: „Wie sollen die Kinder dem deutschen Religionsunterricht folgen können, wenn sie vorher noch keine Spur von Unterricht in der deutschen Sprache gesehen haben?“ Und das Blatt nennt die Erlaubnis, daß Religion in der Muttersprache gelehrt werden kann, „ein armseliges Ausbausehild, um die Ausraubungsbestrebungen gegenüber der Muttersprache zu verdecken“. Der französische Schulbehörde kommt es nur darauf an, die Fortschritte im Französlischen festzustellen. Im Deutschen wird von den Kindern nichts verlangt. Kein Tadel erfolgt, wenn sie den deutschen Unterricht vernachlässigen. Und wie von den Volksschülern beim Abschluß der Schulzeit kein Nachweis über ihre Kenntnisse in ihrer deutschen Muttersprache verlangt wird, so ebensowenig bei den Prüfungen, die Lehrer und Lehrerinnen ablegen haben; dieselben Personen, die den Kindern noch drei Stunden in der Woche deutschen Unterricht erteilen sollen. Selbstverständlich gilt auch in den höheren Schulen das Deutsche vollständig als Fremdsprache wie Griechisch und Englisch. An besonders strebsüchtigen Schulen ist den Kindern sogar der Gebrauch des elsaßischen Dialekts in den Klassen verboten. Ihre Unterhaltungen werden mancherorts von Gendarmen überwacht. Wer gegen diese Vorschrift verstößt, also seine Muttersprache spricht, erhält eine geringere Note im Betragen.

Das ist die Freiheit und das Glück, das den Elsaßern und Lothringern von der „mère-patrie“ zuteil wird. Sie stehen, eben zu ihr zurückgekehrt, bereits im Abwehrkampf gegen die „Segnung“ der französische Herrschaft, die nach außen wie im Innern nur eine Methode kennt: die Methode brutaler Gewalt.

Eine Bezirksrats- und Bürgermeisterkonferenz im Seengebiet.

Die am Mittwoch, den 20. d. M. in Radolfzell für die Bezirke Überlingen, Pfundorf, Meßkirch, Stodach und Konstanz stattgefundene Bezirksrats- und Bürgermeisterkonferenz, die sich mit dem Herinbringen der Getreidemlage zu beschäftigen hatte, hinterließ keinen so erfreulichen Eindruck, wie die am Montag in Tauberbischofsheim für das Taubergebiet abgehaltene Veranstaltung. Minister Kemmele legte in eindringlicher Weise der Landwirtschaft die Notwendigkeit dar, der öffentlichen Hand Getreide abzuliefern. Das Herinnehmen von Auslandsgetreide müße für die nächsten Monate stark gedrosselt werden, weil sonst ein Preisverfall eintrete, der in seiner wirtschaftlichen und in seiner psychologischen Auswirkung die allerschwersten Gefahren für den Bestand der allgemeinen Sicherheit des Reiches in sich birgt.

In der Aussprache fanden es gleichwohl mehrere Redner für opportun, ihrer starken Abneigung gegen die Städte und gegen das Leben in den Städten, sowie gegen die Regierungspolitik Ausdruck zu verleihen. Der gesetzliche Achtstundentag mußte dabei ebenso als Argumentationsstütze dienen wie die Behauptung, die Reichsregierung habe den Postbeamten die „hohen Gehälter“ nur aus politischen Gründen bewilligt. Dieser Vorgang bewies so recht, wie sehr im Seengebiet ein Teil der maßgebenden und im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten ihre Stellung zu der für die Landwirtschaft maßgebenden nationalen Aufgabe nach rechts orientierten, politischen Motiven einrichtet. Diese Tatsache gibt wohl auch eine Erklärung für die außerordentliche Spannung, die gerade im Seengebiet wie nirgendwo im Lande Baden zwischen der Arbeiterschaft und den sogenannten „Bestehenden Kreisen“ herrscht. Immerhin hatten andere Redner für die derzeitigen Notwendigkeiten; sie haben in objektiver Weise die Schwierigkeiten dargestellt, mit welchen insbesondere der Kleinbauern, landwirtschaftliche Besitz, mit dem man es ja in der Seengegend vorwiegend zu tun hat, kämpfen muß. Es darf durchaus als richtig angenommen werden, daß die Winterfrucht, Weizen, Spelz, sehr schlecht beimgbracht wurde und daß auch die Sommerfrucht, insbesondere in den Höhenlagen, bei der lang anhaltenden, nassen Witterung nicht unbedeutend gelitten hat. Der Ernteausfall bei Getreide und Hafer kann jedoch als erträglich bezeichnet werden. Bezüglich des Umlageplans sprachen sich die Redner für die Beibehaltung der Umlage auf die Getreideflächen von 2 Hektar an aufwärts aus. Von allen Rednern wurde schließlich erklärt, die Aufbringung des ersten Drittels der Umlage sei möglich, wenn die Höhe derselben auf ein erträgliches Maß herabgemindert werde (das Reich hat bekanntlich für Baden dieses Jahr eine doppelt so hohe Umlage wie im letzten Jahre angedroht) und wenn der Preis dem mittelmäßig eingetretenen, gesunkenen Geldwert angepaßt werde.

Der Minister ging auf die einzelnen Ausführungen von Bedeutung des näheren ein und ließ gegenüber einigen Disfussionserörtern gar keinen Zweifel darüber aufkommen, wie sehr deren Anschauung geeignet sei, die wirtschaftliche Lage des badischen Volkes nur noch mehr zu verschlechtern. Werde gegen die Getreidemlage öffentlicher Widerstand geleistet, so würde sich das Reich an den Gemeinden, bezw. den nicht abliefernden Landwirten, schadlos halten. In der Herweisung der Anteile von der Einkommensteuer und in sonstigen, geldlichen Überweisungen des Reichs und des Landes ließe sich der für Reich und Land erforderliche Rückgriff schon ermöglichen.

Am Anschluß hieran hielt dann der Minister einen Vortrag über die sicherheitspolitischen Verhältnisse im Seengebiet. Es sei die Auffassung verbreitet, daß für die Sicherheit lediglich der Staat zu sorgen habe. Diese Auffassung sei falsch. Die Gemeinden mit eigener Polizeistandards hätten ihrerseits für die zahlenmäßige Stärke der Polizei sowohl wie für eine entsprechende Ausbildung derselben zu sorgen. Nach beiden Seiten hin sehe es im allgemeinen recht unzulänglich aus. Man jehue die Geldausgaben und suche sich auch da und dort der Verpflichtung zu entziehen, die Polizei ordnungsgemäß zu handhaben. Das Ministerium beabsichtige, bei der staatlichen Polizeischule einen Kurs für Gemeindepolizisten einzurichten, so daß den Gemeindeverwaltungen Gelegenheit gegeben ist, ihre Beamten nach den heutigen Erfordernissen auszubilden lassen zu können. Die staatlichen Polizeiorgane (Gendarmerie, Sicherheitspolizei) können in Komplikationsfällen den Gemeinden nur beistehen, wenn letztere zunächst in ihrer eigenen Zuständigkeit ihre Pflicht erfüllt hätten. Zugabeben sei, daß auch die Gendarmerie zahlenmäßig vergrößert werden müsse und daß auch sonst organisationsmäßige Verbesserungen notwendig seien, um ein ordnungsgemäßes Zusammenarbeiten der Gemeinde- und der Staatspolizei zu garantieren. Im Ministerium des Innern würde diese Angelegenheit zurecht bearbeitet. Mit der Aufforderung des Redners, den weiteren Anträgen der Regierung entsprechendes Gehör zu schenken, fand die Konferenz ihren Abschluß.

Politische Neuigkeiten.

Die Führer der Reichstagsfraktionen beim Reichstagsler.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen sind zu einem günstigen Abschluß gelangt. Die Besprechungen über die Formalitäten der Ausstellung der deutschen Schatzwechsel, die in Brüssel zwischen dem deutschen Geschäftsträger Dr. Landsberg und der belgischen Regierung geführt wurden, sind beendet worden und am Montag wird die Übergabe der deutschen Schatzwechsel in Brüssel erfolgen.

Der Reichstagsler Dr. Wirth und der Reichsbankpräsident Hauptstein haben die Führer der Reichstagsfraktionen empfangen und ihnen einen Überblick über die Verhandlungen mit Belgien gegeben. Es waren alle Parteien vertreten bis auf die Kommunisten, die nicht eingeladen waren, und die Sozialisten, deren sämtliche Führer beim Parteitag weilen. Über seine Verhandlungen in London gab Hauptstein keine Auskunft, da die Abmachungen der Reichsbank mit der Bank von England innerer Natur seien. Nach diesen Erklärungen entstand eine Diskussion der Parteiführer, die der Ansicht des Reichstagslers, daß eine augenblickliche Entspannung der Lage eingetreten sei, beipflichteten, die Situation für Deutschland aber nach wie vor als außerordentlich ernst betrachteten, solange nicht das gesamte Reparationsprogramm gelöst sei.

Die Schatzwechsel für Belgien.

Nachdem die belgische Regierung durch den Minister des Außen Jaspars sich grundsätzlich mit der von Deutschland vorgeschlagenen Regelung der Garantie der Schatzwechsel einverstanden erklärt und auch die Reparationskommission zustimmend davon Kenntnis genommen hat, mußten in verschiedenen Rückfragen bereits die Formalitäten der auszustellenden Schatzwechsel erörtert werden. Eine Verständigung darüber sei so gut wie erzielt worden, so daß die Übergabe der Schatz-

wechsel an Belgien am Montag erfolgen kann und zwar zunächst die Wechsel über die Noten, die am 15. August und 15. September fällig waren und nun am 15. Februar und 15. März 1923 fällig werden, abzüglich der Summen, die als sonstige deutsche Leistungen auf Par-Amnuitäten gutzuschreiben sind. Die Wechsel werden die Garantie der Reichsbank tragen.

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Vor einigen Tagen wurde von mehreren Blättern eine Meldung aus Essen verbreitet, wonach die Entente die Zwangskohlenlieferungen auf monatlich 1 610 000 Tonnen für die Zeit vom August bis Oktober herabgesetzt habe. Diese Nachricht ist in dieser Form irreführend. Die letzte Entscheidung in der Frage der Kohlenlieferungen an die Entente wurde am 31. Juli gefaßt. Damals wurde ein monatlicher Lieferungsoll für August bis Oktober von 1 725 000 Tonnen bestimmt. Bereits im August wurde diese Menge auf 1 610 000 Tonnen herabgemindert unter Berücksichtigung der Abtretung des oberelsässischen Gebietes. Da infessen der Ausfall, der dadurch für die deutsche Kohlenproduktion bedingt wurde, ein wesentlich größerer ist, als die Reduzierung auf 1 610 000 Tonnen beträgt, stellt die uns für die Zeit vom August bis Oktober auferlegte monatliche Kohlenlieferung relativ eine wesentliche Verschärfung unseres Kohlenbeitrags dar.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Gestern gaben wir im Auszug einzelne Reden des 2. Verhandlungstages zu Augsburg wieder und lassen heute einige Ausschnitte aus den wichtigsten Reden des dritten Verhandlungstages folgen.

Hermann Wendel (Frankfurt): Die Reichswehrfrage ist die zentrale Frage, die Frage von Leben und Sterben. Das weiß in Deutschland jeder außer dem unglückseligen Herrn Geßler, daß die Wehrmacht der Republik leider eine Armee gegen die Republik ist. Seit dem Kapp-Putsch hat sich eine gewisse Umwidmung der Reichswehr vollzogen. Sie besteht darin, daß seither aus der Reichswehr alle Elemente herausgedrängt wurden, die nur entfernt eine republikanische Gesinnung verträglich waren. Wir haben eine fast vollständig monarchistische Truppe. Die Reichswehr ist eine unaufrichtige, sehr ernste innerpolitische und außenpolitische Gefahr. Eine innerpolitische: wenn der Staat sich nicht auf das letzte Nachtmittel verlassen kann, schweben die Grundlagen des Staates in der Luft. Es kann eine Lage entstehen, wo der Staat an sein letztes Nachtmittel appellieren muß. Wer könnte mit ehrlicher Überzeugung sagen: dann wird die Reichswehr nicht verlagern. Aber bisher fast ist die außenpolitische Gefahr der Reichswehr. Es gibt Kreise in Deutschland, die von einem Revanchekrieg Tag und Nacht träumen. Diesen Elementen ist der Stamm gewachsen durch die letzten Erfolge der Türken in Kleinasien. Wenn von solchen Kreisen, deren Erbfeind die Vernunft ist, unterirdische Beziehungen zu den Reichswehrbehörden und Reichswehrorganisationen gesucht und gefunden werden, dann ist die Größe der Gefahr nicht zu verkennen, die daraus entsteht. Den Poincarés wird ihr schlimmes Handwerk außerordentlich erleichtert durch die Revanchetreibereien in Deutschland. Der Reichswehrministerposten muß mit einem Offizier besetzt werden, der sich bisher als durchaus republikanisch erwiesen hat. Wenn sich eine Umwidmung der Reichswehr unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, dann besser überhaupt keine Reichswehr als diese. Aber daß es möglich ist, eine republikanisch-zuverlässige Truppe zu schaffen, hat ja Österreich bewiesen. Treffen wir unsere Vorkehrungen, che es zu spät ist.

Arthur Mollenhuth (Miel): Was für die Reichswehr gilt, gilt auch für die Reichsmarine. Sie besteht ausschließlich aus ehemaligen Angehörigen der Preigaden Ehrhardt und Löwentfeld. Die republikanischen Elemente wurden völlig aus der Reichsmarine entfernt. Das Urteil mancher Marineoffiziere selbst geht dahin: daß die Reichsmarine im gegenwärtigen Augenblick so überflüssig wie nur möglich ist.

Adolf Braun: In der Frage der Reichswehr haben wir alles Interesse, gegen die deutschen Offiziere, die aus dem alten Heer übernommen wurden, mit aller Entschiedenheit aufzutreten. Aber der Kampf gegen die Reichswehr an sich ist das unpolitischste, was ich mir vorstellen kann. Wir müssen den Soldaten in der Reichswehr beweisen, daß wir ihre Freunde sind. Wir müssen der Reichswehr zeigen, daß die Demokratie ganz andere Zustände geschaffen hat, als sie im alten Heere bei der elenden Entlohnung und schlechten Unterkunft waren. Wir wollen die Stellung der Soldaten in der Reichswehr würdig gestalten, sie sollen sich als Staatsbürger fühlen. Wir wollen ihnen, wenn sie eine republikanische Armee darstellen, alles geben, was sie mit irgend einem Rechte fordern können. Die militärischen Organisationen, die wir haben, bestehen doch nur für den inneren Frieden. Anders steht es mit der Kriegsmarine, und die Notwendigkeit dieser Spielerei erscheint sehr gering.

Hermann Müller (Parteiordnungsamt): Am Antrag 327 wird verlangt, daß der Reichswehrminister Geßler innerhalb eines Monats den Reichstag den Antrag angenommen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die alle Fälle, die die Reichswehr und Marine betreffen, untersuchen soll. Auf Antrag unseres eigenen Mitgliedes dieser Kommission ist die Tätigkeit dieser Kommission dahin erweitert worden, daß sie auch Fälle prüft, die noch nicht parlamentarisch behandelt wurden. Ich halte es für unmöglich, die Enternung Geßlers zu verlangen, so lange diese Verhandlungen nicht stattgefunden haben.

Das Schlusswort erarift Vogel (Nürnberg): Bei einer Kritik der Reichswehr dürfen wir nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse selbst schon daran hat, wenn die Reaktion heute in der Reichswehr sehr stark vertreten ist. Wenn sich wirklich ein Arbeiter gefunden hat, der in die Reichswehr hineingegangen ist, dann wurde er als Bluthund, als Arbeiterverräter bezeichnet. Die Arbeiter, die in die Einwohnerwehren hineingegangen sind, wurden in ihrem Arbeitsverhältnis boykottiert. Wir haben ja direkt dafür gesorgt, daß Bauernsöhne und indifferente Menschen in die Reichswehr hineingekommen sind. Die Besetzung des Postens des Reichswehrministers ist natürlich in hohem Maße auch eine Personenfrage, über die die Reaktion in einer Unzahl von Sitzungen gesprochen hat. Es ist bis zu einem gewissen Grade nicht verwunderlich, wenn sich die monarchistischen Offiziere nicht von heute auf morgen umgestellt haben. In der französischen Republik gibt es noch heute monarchistische Offiziere, und Frankreich hat die dritte Republik. Wir werden allerdings alles daran setzen, daß bei uns die erste Republik erhalten bleibt. Der Reaktion ist es im übrigen nur erwünscht, wenn möglichst viel Anregerungen an sie herankommen.

In der nunmehr folgenden Abstimmung wird zuerst der Antrag des Parteivorstandes gegen den Lebensmittelpreistat angenommen. Die Entschädigung hat diesen Wortlaut:

Die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die der Entwertung der Mark folgt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der Angestellten, Beamten und weiter Schichten des Mittelstandes auf einen Tiefstand, der politisch für die deutsche Republik eine schwere Gefahr bedeutet.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Entwertung der Mark im wesentlichen durch das rücksichtslose Verhalten der Entente hervorgerufen wurde, so darf nicht übersehen werden, daß die hieraus resultierenden Mißstände sich durch Treiberien an der Börse und dem Warenmarkt verschärft haben.

Der Parteitag fordert, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen hiergegen ergreift, insbesondere muß eingeschritten werden gegen Geschäftsabschlüsse, die im inländischen Warenverkehr in fremder Währung erzwungen werden.

Es muß Vorkehrungen getroffen werden, daß die Spekulation an Devisenverkehr beseitigt wird.

Die Einfuhr ist auf das notwendige Maß zu beschränken, die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen.

Die Regierung muß gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Trusts eine strenge Kontrolle üben.

Zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Die im Gesetz als Umlage festgesetzte Getreidemenge ist restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die Minderbemittelten abgegeben werden kann.
2. Verbot gewerkschaftlicher Versteigerung und Feilhalten von Kuchen und Konditorwaren.
3. Erhöhung der Ausnahmsquote des Brotgetreides auf 90 Prozent.
4. Begünstigung der Abschlässe von Lieferverträgen für Kartoffeln. Ist die Versorgung durch freiwillige Vertragsabschlüsse nicht zu erreichen, so ist die Lieferung zu erzwingen.
5. Der Acker aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe welche Zucker verarbeiten, sind auf den Bezug vom Ausland zu verweisen. Zur Sicherung der Kontrolle darf der Zulauf aus dem Ausland nicht geblaut werden, der Auslandszucker dagegen ist nur geblaut hereinzulassen.
6. Soweit die Preislage es gestattet, ist die Einfuhr von Getreidefrucht zu begünstigen.
7. Sicherstellung der für Kinder und Kranke notwendigen Milchmengen, wenn nicht anders zu erreichen, durch Verbot der Herstellung von Butter.
8. Hier darf nur bis zu einem Stammwurzgehalt von 8 Prozent hergestellt werden.
9. Die Herstellung von Spiritus ist in diesem Jahre nur für technische Zwecke zuzulassen.
10. Festsetzung der Höchstpreise auf 9 Uhr für alle Schaustätten, die Feinbrennwein ausschütten.
11. Strenge Durchführung der Bucherpreise, keine Milderung sondern Verschärfung.

Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Entschiedenheit diese Forderungen zur Durchführung bringt.

Zur Frage der Republikanisierung der Reichswehr wurde beschlossen:

1. Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie der Republikanisierung der Reichswehr die schärfste Aufmerksamkeit zuwenden wird. Der im Dienst der barmherzigen Macht stehende Staatsbürger muß zum verantwortungsbewußten Glied des Volkes erzogen werden, das zur äußersten Eingabe für den Schutz der Republik bereit ist. Die Behauptung der Republik darf keine Gefahr für den inneren und äußeren Frieden bedeuten und muß so ausgestattet sein, daß zwischen ihr und den republikanisch gestimmten Volksmassen ein Verhältnis vollkommener Vertrauens möglich wird.
2. Die Zuspitzung der außen- und innenpolitischen Verhältnisse zwingt zur schärfsten Beobachtung der Reichswehr, die nach wie vor ein Fremdkörper in der Republik ist. Die Reichstagsfraktion hat mithin nach Einigung der sozialistischen Parteien unverzüglich darauf zu dringen, daß die immer wieder geforderte Umwandlung der Reichswehr in eine republikanisch zuverlässige Truppe durchgeführt wird.

Weiter wurden Anträge angenommen gegen die reaktionären Antriebe in Bayern, ferner ein Verbot der schwarz-weiß-roten Fahne und für die Einführung der Reichsflagge als Flagge der Reichswehr sowie der Kriegs- und Handelsflagge. Zur Frage der Steuerung der Wohnungsnot erfuhr der Parteitag die Reichstagsfraktion, sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags von der Reichsregierung die schleunige Vorlage eines Programms für die Finanzierung des Wohnungsbaues.

Weiter fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpolitischen Gesetze, die die Leistung für die Kriegspferde, die Opfer der Armee, die Kranken usw. regeln, schleunigst mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. — Einmütig angenommen wurde ein Antrag des Parteivorstandes, betreffend den Schutz der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung und die Abfindung der Fürstentümer. Angenommen werden noch Anträge, die die Einführung des 1. Mai, des 11. August, des 9. September als gesetzliche Feiertage fordern und die Aufhebung der Buß- und Verträge verlangen. In einem weiteren Beschluß erklärt der Parteitag, daß er die Sozialisierung des gesamten Vergewerks für eine Lebensfrage des wirt-

schaftlichen Seins der deutschen Republik hält und appelliert an die gesamte deutsche Arbeiterklasse alle Kräfte politisch zusammenzufassen, um diese dringliche Lebensfrage baldigst zu lösen. Für Oberschlesien wird schnellste Hilfe verlangt und die Fraktion beauftragt, die Regierung zu veranlassen, daß ausreichende Mittel zur Linderung der Not der ober-schlesischen Flüchtlinge bereit gestellt werden. Einmütig angenommen werden schließlich noch Anträge, gegen den Nährbodenwucher, gegen die unglückseligen Besatzungszustände und gegen die Sachleistungen aus dem Friedensvertrage die das wirtschaftliche Können Deutschlands weit übersteigen. Der Antrag Löbe, der an die Reichsregierung das dringende Ersuchen richtet, den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen, sobald ihm damit eine der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung gesichert ist, gelangt einstimmig zur Annahme.

Abgelehnt wurden Anträge, die die grundsätzliche Verneinung jeder Koalition mit der Deutschen Volkspartei verlangen, die die Offenlegung sämtlicher Steuererklärungen wünschen, die Kriegsimobilien- und Unfallrentner, die das Sozialerwerb betreiben, von der Umsatzsteuer befreien wollen und die gesetzgeberische Maßnahmen gegen Personen- und Kraftfahrzeugführer fordern. Ein Antrag, der verlangt, die Partei solle mehr den Anschluß nach links suchen, wird als durch die Tatsachen überholt bezeichnet.

Annahme des Einigungsprogramms.

In der gestrigen Sitzung des Sozialdemokratischen Parteitages wurde einstimmig außer dem Aktionsprogramm auch die organisatorische Vereinbarung mit den Unabhängigen angenommen. Das Abstimmungsergebnis wurde mit feierlichem Beifall begrüßt. Außerdem wurde ein Antrag Hamburg angenommen, der sich gegen jedes Zusammengehen mit der kommunistischen Partei ausspricht.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Zu Beginn der Verhandlungen werden verschiedene Berichte erstattet. Nach dem Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl seit Januar um 10 000 zurückgegangen. Unter den abgewanderten Mitgliedern befinden sich 6000 Frauen. Der Referent ließ keinen Zweifel darüber, daß die finanzielle Lage der Partei schwieriger geworden ist. Die Partei verfüge noch über 43 Tageszeitungen. In dem Bericht der Reichstagsfraktion wies Abg. Moses auf den beherrschenden Einfluß der Außenpolitik, auf die innere politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands hin. Der Friedensvertrag von Versailles müsse revidiert werden. Die Erfüllungspolitik, die die Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen erweise, sei der Weg zu diesem Ziel. Die Fraktion werde es aber nicht dulden, daß die Lasten auf das Proletariat abgewälzt werden. Es wird eine Entschlie- sung vorgelegt, die fordert, daß die Gewerkschaften die Auftragserteilung und die Gewinnhöhe bei den direkten Reparationsleistungen überwachen sollen. Die Atempause in den Goldzahlungen solle zur Stabilisierung der Wäluuta benutzt werden.

Abg. Ders ging in seinem Referat über den Ernährungs- stand davon aus, daß sich die großen Handelsindizes immer mehr von den realen Löhnen entfernen. Nicht nur die Industriearbeiter, sondern vor allem auch das Heer der Rentner und ein großer Teil der geistigen Arbeiter lebe im Elend. Zu dieser Kulturlosigkeit, zu der auch die Not der Presse gehöre, müsse der Parteitag klar Stellung nehmen.

Sifferling in einem sachlich ruhigen Referat über die Finanzlage, besonders über das Reparationsproblem bezeich- nete es als notwendig, die Arbeiterkraft vor Rutschgezeiten zu warnen. Übergend zur Erfüllungspolitik machte er auf die Schwendung der Industrie aufmerksam. Der Rubensvertrag sei der Sieg des toten Kathenau über Sinnes. Der Vertrag werde sicher zur französisch-deutschen Wirtschaftsver- bindung beitragen und helfen, die Interessen der französi- schen Schwerindustrie vom Wege der Gewalt auf den ökonomi- schen abzulassen.

In seinem Schlusswort der Aussprache am Nachmittag stellt Abg. Ders fest, daß die Fraktion den in der Debatte angegrif- fenen zustimmenden Beschluß zur Getreideumlage einstimmig gefaßt habe. Wichtiger als der Kampf um die Kleinbauern sei der um die Erhaltung der Landarbeit, die abzubrodeln droht, für die Partei. Bayern gegenüber sei die kluge real- politische Einstellung das Gebotene gewesen, denn gerade sie habe die reaktionären Kreise in Uneinigkeit gebracht. Es habe kein Kampfmittel der Arbeiterkraft gegen Bayern gegeben, dessen Anwendung nicht die gesamte Arbeiterbewegung gefahr- det hätte. Diese Bedenken seien auch in den Kreisen der Partei geteilt worden. Mit ähnlichen Argumenten stellt sich Abg. Moses hinter die Politik der Partei.

Badische Übersicht.

Immer noch Kampf um die Getreideumlage.

Man schreibt uns: Die „Schwarzwälder Zeitung“ in Bommendorf gehört zu jenen Presseorganen, des badischen Landes, welche ihr gerüttelt Maß von Schuld an der unerhörten Ver- hekung der badischen Landwirtschaft tragen. Dieses Organ gibt jeder Einföndung, mag sie noch so hanebüchlich sein, Raum und bildet sich dabei noch ein, damit ein wohlgefälliges Werk zu tun. In Nr. 215 vom 19. September läßt sie über die vorjährige Getreideumlage eine Rechnung aufmachen, nach welcher allein die badische Landwirtschaft infolge der Erhebung der Getreideumlage einen Geldverlust von 1 Mil- liarde Mark erlitten habe. Wenn erst die Verbraucher an- fangen würden, ihren Geldverlust aufzurechnen, der ihnen von hochbegüterten Geschäftsleuten und Landwirten in Form über- natürlicher Preise verursacht wurde, dann würden viel, viel mehr Milliarden herauszurechnen sein. Die Stadtkinder, die ohne Hemd auf dem Leibe zur Schule gehen müssen, die hoh- wangig und bleich den Keim frühen Siechtums in sich tra- gen, weil es für sie keine Milch und keine hochwertigen Näh- rungsmittel mehr gibt, könnten der „Schwarzwälder Zei- tung“ und ihren Hintermännern auch ein Sündenregister auf- zählen. Die agrarischen Zeitungsschreiber, welche gewöhnlich im Feitnapf sitzen und nicht einmal von der Not der Klein- bauern etwas wissen, geschweige denn von jener in den Städten, sind heutzutage die gefährlichsten Zerstörer einer er- träglichen Entwicklung zu besseren Verhältnissen. Obwohl diesen Leuten wiederholt ihre Behauptung, der Rheinprovinz, Hessen und der Pfalz sei die Getreideumlage herabgesetzt wor- den, als unwahr widerlegt wurde, lästhen sie dieses Märchen immer wieder aufs neue auf.

Nichtig ist, daß der preussische Ernährungsminister für die preussische Rheinprovinz das Umlagegeld herabgesetzt und den dadurch hervorgerufenen Ausfall den übrigen preussischen Pro- vinzen auferlegt hat. Ähnlich hat es der bayerische Landwirt- schaftsminister mit der Pfalz gemacht, deren Ausfall das rheinische Bayern zu tragen hat. Dessen, das aus links- rheinisch stark engagiert ist, konnte, weil das rheinische Pfalz eine solche Last nicht aufgebürdet erhalten kann, nicht so vorgehen und fühlt sich durch die von Preußen und Bayern getroffenen Maßnahmen außerordentlich benachteiligt. Das Reich hat seinerseits mit diesen Regelungen nichts zu tun, was auch die „Schwarzwälder Zeitung“ wissen und dar- nach handeln sollte.

Eine unerfreuliche Erscheinung.

Das badische Ministerium des Innern hat im Benehmen mit dem badischen Finanzministerium, welches letzteres die Inter- essen des Landes auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs wahr- zunehmen hat, bei den zuständigen Reichsbehörden um eine Frachtpreisermäßigung für Obst und für Kartoffeln nachge- sucht. Das letzte Ende für eine solche Entscheidung zustän- dige Reichsverkehrsministerium hat diesen Wünschen Rechnung getragen.

Leider aber scheint man in landwirtschaftlichen Kreisen aus diesem Entgegenkommen der deutschen Eisenbahn den Schluß ziehen zu müssen, daß der hierdurch erzielte Vorteil nicht den Verbrauchern zugute kommen darf, sondern allein nur der Landwirtschaft. Es mag zugegeben sein, daß mit der Ver- einfachung der erfolgten Frachtermäßigung die Aufkäufer in größerer Zahl auf dem Lande erschienen und daß so innerhalb weniger Tage die Nachfrage nach Obst außerordentlich stieg. Aus der Seegegend liegen aber eine Anzahl Meldungen vor, nach welchen die Landwirte erklären, daß der Überfluß an Obst und auch die Schwierigkeit, das selbe rechtzeitig bestmöglichst zu verwerthen, für sie keine Veranlassung sei, den bis vor der ein- getretenen Frachtpreisermäßigung gehaltenen Preis zu halten; sie fordern jetzt einen höheren Preis mit dem besonderen Hin- weis darauf, daß nicht die Regierung und nicht die Verbrau- cher, sondern die maßgebenden Vertreter der Landwirtschaft die Preisermäßigung in Berlin durchgeführt hätten.

Wo mag nun diese Auffassung herkommen? Das „Stodacher Tagblatt“ meldet in einem in Nr. 217 vom 20. September 1922 veröffentlichten Bericht über die Zusammenkunft ehemali- ger landwirtschaftlicher Winterschüler in Badolzell, daß auf eine Anfrage über die Frachtermäßigung für Obst hin Herr Graf Douglas geantwortet habe, „er sei persönlich beim Herrn Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Fehr, der Vater ist, vorstellig geworden und er habe von diesem die Frachtermäh- gung erwirkt.“ Vielleicht ist dies die Ursache der in der See- gegend vorhandenen Meinung, die Frachtpreisermäßigung sei lediglich zugunsten der Landwirtschaft getroffen worden. Es bedarf keines besonderen Hinweises dafür, daß der Herr Reichs- ernährungsminister nicht das zuständige Organ für die Frach- termäßigung ist. Bei dem außerordentlich großen Ob- reichthum dürfte man auch in der Landwirtschaft eine der Ver- braucherseite gegenüber etwas toleranteres Geschäftsproxi- beobachten, wenn nicht durch ein solches Verhalten aus neue die zwischen Stadt und Land bestehende Spannung verhärtet werden soll.

Minister Kemmele über Zwangswirtschaft

Minister Kemmele führte, gelegentlich einer öffentlichen Versammlung zu Weiskirchen, u. a. aus, daß eine freie Wirt- schaft in anormalen Zuständen, wie sie bei uns herrschen, zum Ruin führen müsse. Für Zuder sei die Wiedereinfüh- rung der Zwangswirtschaft beschlossene Sache und für eine Reihe anderer Bedarfsartikel käme sie jedenfalls auch wieder. An den schlimmen Folgen der freien Wirtschaft sollte sich die Landbevölkerung ein Beispiel nehmen und zur Einsicht kom- men, wie notwendig die Getreidezwangswirtschaft sei. Sätten wir sie nicht, so wären die Folgen einer riesigen Brotver- teuerung verheerend gewesen, und der Landwirt selbst hätte keinen Vorteil davon gehabt. Um den Brotpreis einiger- maßen erträglich zu halten, müsse das Reich Zuschüsse leisten. Solange jeder Berufsstand sein persönliches Interesse dem der Allgemeinheit voranstelle, sei an eine Besserung nicht zu denken. Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwäh- len betonte der Minister, daß es gerade in unserer jetzigen schweren Zeit im Interesse des allgemeinen Bürgerfriedens not- wendig sei, daß alle Bevölkerungsschichten auf den Kathäufen, Bezirksrätern und in den Kreisversammlungen vertreten seien und daß der Wahlkampf sachlich geführt werden sollte.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Arbeitsminister Dr. Engler in Mannheim.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist in Begleitung des Ministerialdirektors Imhoff in Mannheim eingetroffen. Der Minister wird die Wohnungs- und Siedlungsbauten besich- tigen, für die bekanntlich vom Reich und vom Staat Zuschüsse gewährt werden. Der badische Arbeitsminister Dr. Engler ist zu diesem Zwecke ebenfalls in Mannheim eingetroffen. Gestern vormittag vor 10 Uhr führten die Herren unter Führung von Bürgermeister Dr. Walli zur Besichtigung der Siedlungsbau- ten in der Käufertalstraße. Ferner wurde die Siedlungsbau-

Landestheater.

Michael Kramer.

Fünfter Abend der Festwoche. Das Landestheater ward zum geistigen Mittelpunkt alles Dargebotenen. Im Zuschauerraum harrt alle Abende ein erwartungsvolles Publikum. Auf der Bühne versammeln sich Geistesheroen in steter Folge: Shake- speare, Mozart, Gogol, Verdi, Gluck und der Deutschen großer Gestalten — Gerhart Hauptmann. Weltgeschichte, My- thos, Probleme, Schwan und Drama, lastendes Elend und verkürztes Leid; Überwindung und Unterangabe verkünden diese Großen dem Publikum. Es weiß dankbar zu schätzen, was ein Theater ihm alles zu geben vermag in Oper und Schauspiel gerade in dieser Zeit.

Ulrich v. d. Trend-Ulrici spielte den Michael Kramer. Ein Behrer an einer Kunstschule. Er spielte einen gebeugten Mann, seufzend unter schwerer Last. Leid, bitteres Leid und Höhenmenschen. Ein Kämpfer um Hohes, Gutes. Einer, der rastlos arbeitet voll ernstem Pflichtbewußtseins, aber von seinem Sohne sagen muß: „Er ist ein Lotterbub, seine niedri- ge Seele wider mich an!“ Sein Sohn Arnold Kramer hat reiche Talente. Aber der Vater weiß, daß der Verwachsene, Verhoffte ein verlorener Sohn ist. Dieser Wurm zernagt ihn. Das Schicksal aber heugt den immer mehr in sich Gefestigten noch mehr. Zu seinem Freunde Lachmann spricht er ernst: „Leid, Leid — schmeden Sie, was in dem Worte steckt.“ Trend-Ulrici spielte nicht einen starrnädigen Kämpfer, aufrecht und den Bitternissen trotzend. Sein Michael Kramer war der nach außen hin gebeugte Weggenosse schweren Leids, verschwie- gener Seelennot. Scharf umrissen gab er die Gestalt in einer ausgezeichneten Maske. Sein Spiel war recht verinnerlicht und sprachlich abgerundet. Eine würdige Leistung.

Die Rolle des verwachsenen Sohnes Arnold spielte gut charakterisiert Stefan Dahlen. Sein Krüppel war nicht übertrieben. Er steigerte sich im inneren Verwachsen-Sein, nicht im äußeren. Das ist seine große Leistung. Sein Leid, sein nach Vertreibung ringendes Menschenentum entfremdet ihn seinen Nächsten. Er wie sein Vater sind Gehekte, in ihre Ein- samkeit Dahineingetriebene — sind „Einsame Menschen“. Er wähnt Dahlen muß den Schein auch nur kleiner theatralischer Effekte vermeiden: „Helfen könnt ihr mir doch nicht.“ Ein Grundton Gerhart Hauptmanns. Die letzte Wahrheit des all-

gemeinen Verlassenseins jedes Einzelnen. Rose Bernd weiß dasfelbe: „Helfen kann mir dabei niemand.“ Hier liegt auch der große Zug des „Michael Kramer“, hierin kann der Schauspieler das letzte Erschütternde mitteilen.

Nicht der verwachsene Körper, sondern die Menschen, die seinen Körper verspotteten, hemmen seinen freien Weg ins Leben und er vergräbt sich in seinem Elend bis zur Verzweif- lung. Er geht jene Brücke nicht, die der herrliche Vater schlagen mochte: „Wenn du irgendeinmal etwas auf dem Herzen hast — ich bin nämlich sozusagen dein Vater!“

Fritz Herz, als Maler Lachmann, erreute durch ein überaus ausgeglichenes Spiel. Ruhig und gemessen, vornehm sich zurückhaltend in Spiel und Gestik — im Ausdruck sicher und voller Wärme, Wiesen dem Maler und Michael Kra- mers Tochter Michaline (Melanie Ermath) lag eine Welt der Enttägung, liegt eine Welt seltsamen sich Wiederbegegnetens, in ihrer Seele liegen die Feilen: „Es war einmal —.“ Zwei Überwinder, auch Einsame. Melanie Ermath hat das Herbe noch zu sehr unterstrichen. Aber ihre Gestaltung war stark und sicher. Frau Marie Frauendorfer gab eine sorgende Frau Kramer.

Die einzig größere Frauenrolle neben der Michaline ist die Riese Kätsch, Tochter des Restaurateurs Kätsch. Darin sahen wir erstmals Germa Clements, die wir in „Peer-Ghnt“ als geschmeidig tanzende Anita kennen lernten. Sie scheint demnach vielseitig zu sein. Sie schien Arnold Kramer das Ver- lieben leicht machen zu wollen. Red aufgeschult, mehr Salom- dame als Wirtstochter. Riese Kätsch legte allerdings auch Wert darauf, Tochter eines „Messaurentödes“ zu sein, trägt gerühmtes Bierbüschen am Hüft, in Kramers Atelier Stodschühchen und eine rote Kampelacke am Arm. Bei der (im Tempo sehr gut gehaltenen) Stammtischgesellschaft findet sie alles ridicule und empörend. Germa Clements Spiel lag innerhalb dieser Linie, nicht übertrieben und frisch, belebt im Ausdruck.

Felix Baumbach zeichnete für die szenische Leitung des hier zum erstenmal aufgeführten Stückes. Das Publikum nach dem, im erstensten Grundton gehaltenen, letzten Akt die Plätze ohne den üblichen Beifall verließ, darf er als Erfolg dieses Wertes buchen. Die knapp gezeichnete Tragödie gibt viel Gedankliches mit auf den Weg.

W. Adolf S i m m e l e.

anlage der Baugesellschaft für Kleinwohnungen sowie die städtische Siedlung am Reiberplatz beschäftigt ebenso die Heimstätten der Baugesellschaft der Kriegsbeschädigten. Am Nachmittag soll noch das neue Krankenhaus sowie das Herzschmelzbad besichtigt werden. Vom Bezirksamt nahm der Amtsvorstand Oberregierungsrat Dr. Steiner an der Besichtigungsfahrt teil.

Minister Dr. Brauns besuchte ebenfalls Heidelberg, wo er die viel umstrittene orthodoxe Anstalt und mehrere Wohnhausneubauten besichtigt hat.

Die Pforzheimer Deutschnationalen und Düringer.

Der Bezirksverein Pforzheim der Deutschnationalen Volkspartei hat in einer seiner Mitgliederversammlung angenommen die Entschliessung einmütig das Verhalten und den Schritt von Erz. Dr. Düringer mißbilligt und die Entschliessung des Landesauschusses gebilligt. Zugleich wird erwartet, daß Erz. Düringer sein Reichstagsmandat niederlegt.

Dr. Schofer zur auswärtigen Politik.

Auf einer Bezirkskonferenz der Zentrumspartei in Säckingen wies Prälat Dr. Schofer in seiner Rede auf den gegenwärtigen Kampf zwischen Türken und Griechen hin und erklärte, daß auch Deutschlands Schicksalsstunde gekommen sei. Entweder finde sie ein starkes, in sich geeinigtes Volk, dann könnte Deutschland für Großes bestimmt sein, oder das Volk spalte sich in ein rechtes und ein linkes Lager; dann würde das Verhängnis, der Bolschewismus, über Deutschland und ganz Europa hereinbrechen. Die einzige Rettung sei, festes Zusammenstehen zur Partei der Mitte. Die Kandidaten erwähnte der Redner zum Verständnis für die Getreideumlage.

Zur Frachtverbilligung

teilt die Reichsbahndirektion Karlsruhe mit:

Landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie z. B. frisches Obst und dergl., dürfen als Reisegepäck nur befördert werden, wenn es sich um Marktwaren handelt, also um Waren, die von Händlern oder Erzeugern auf den Markt gebracht oder dafelbst gekauft oder als unverkauft nach dem Wohnort des Händlers oder Erzeugers zurück gebracht werden, die außerdem Größe und Gewicht (50 kg.) einer Traglast nicht überschreiten und in Personenzügen befördert werden.

Werden solche Sendungen tarifwidrig als Gepäck aufgegeben, so wird der Unterschied zwischen Gepäck- und Expressfracht nachgehoben. Nachdem für Obst bei Aufgabe als Stückgut ein ermäßigter Ausnahmetarif eingeführt ist, wurden die Stationen angewiesen, der tarifwidrigen Aufgabe als Gepäck strengstens entgegenzuwirken.

Badisches Landestheater.

Samstag, 23. Sept. 6^{1/2} u. n. 10 Uhr. 110 Mk.

Abonnement G 2.
Siebenter Abend der Festwoche.
In der Neueinstudierung:
Julius Cäsar.

Spielplan vom 24. September bis 3. Oktober.

Im Landestheater. So. 24. Vormittags 9^{1/2} u. 11. Morgensfeier zum „Pfälzisch-alemannischen Sonntag“, Die Schafschor. Pfälzisches Idyll von Maler Müller. Musik von Max Sinzheimer. Anschließend Original-Volkstänze, ausgeführt von den „Hambacher Tänzern“. (40.00.) Abends 5. **Tristan und Isolde.** (200.00.) — Mo. 25. Volksbühne. N 8. **Die Weber.** 7. (90.00.) — Die 26.* Abonn. A 2. **König Richard II.** 6^{1/2}. (90.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201—500. — Mi. 27.* Abonn. E 2. **Casanova.** 7. (180.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—200. — Do. 28.* Abonn. F 2. **Michael Kramer.** 7. (110.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700. — Fr. 29.* Abonn. D 3. **Der fliegende Holländer.** 7. (180.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701—900. — Sa. 30.* Abonn. C 3. **Das Postamt. Komödie der Irrungen.** 7. (110.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 901—1100. — So. 1. Okt. vorm. 11^{1/2}. **Morgensfeier.** Ernste und heitere Tänze. (60.00.) abends 5^{1/2}. **Lohengrin.** (200.00.) — Mo. 2. Volksbühne N 9. **Die Weber.** 7. (110.00.) — Die 3.* Abonn. G 3. **Simson.** 6^{1/2}. (110.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101—1400.

Im Konzerthaus. So. 24.* Liselott von der Pfalz.

7. (110.00.) — So. 1. X.* **Alt-Heidelberg.** 7. (110.00.) Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abohnten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 23., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 25. an. A.547

4% Anleihe der Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ jetzt Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft in Kiel-Gaarden.

Die am 1. Oktober 1922 fälligen Zinsscheine und Teilschuldenscheine dieser Anleihe werden vom Fälligkeitstage ab eingelöst:

- in Kiel bei der Hauptkasse von Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft,
- in Essen bei der Bankabteilung der Fried. Krupp Aktiengesellschaft,
- „ „ bei der Essener Credit-Anstalt,
- „ „ bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
- „ „ bei dem Bankhause Simon Hirschland,
- „ „ bei der Dresdner Bank,
- „ „ bei der Berliner Handels-Gesellschaft,
- „ „ bei der Deutschen Bank,
- „ „ bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
- „ „ bei dem Bankhause Delbrück Schickler & Co.,
- „ „ bei dem Bankhause Deichmann & Co.,
- „ „ bei der Dresdner Bank,
- „ „ bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
- „ „ bei der Direction der Disconto-Gesellschaft.

Preisaußschreiben für Glockenschmuck.

Das Landesgewerbeamt beauftragt mit Zuschüssen des Badischen und Württembergischen Staates, der evangelischen und katholischen kirchlichen Behörden, sowie der bedeutenderen Glockengießereien Badens, der Rheinpfalz und Württembergs einen Wettbewerb für neuzeitlichen Glockenschmuck, bei dem in Anbetracht der Wichtigkeit der künstlerischen Ausgestaltung dieser eburnen Dokumente und im Hinblick auf die zum Vorteil der Künstler gewählte Form des Preisaußschreibens eine größere Beteiligung zu erwarten sein dürfte. Die Wettbewerbsunterlagen sind beim Landesgewerbeamt Karlsruhe gegen Erstattung der Selbstkosten erhältlich.

Obstverwertung.

Mit Recht wird vielfach darauf aufmerksam gemacht, daß bei dem reichen Obstertrag dieses Jahres eine Verwertung des Obstes auch durch Veräulen angebracht erscheint. So werden insbesondere Brauereien, Ziegeleien und Gemeindefriedhöfen diesem Zwecke dienlich gemacht werden können. Aber auch sonst werden noch häufig aus früherer Zeit Trodenanlagen zur Verfügung stehen, die namentlich zur Erhaltung eines wertvollen Nahrungsmittels für den Winter in Benutzung genommen werden sollten.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Gesellschaftsbesuche im Oktober. Mit Rücksicht auf das andauernd starke Interesse an den vom Badischen Verkehrsverband veranstalteten Gesellschaftsbesuchen — den eingegangenen Anmeldungen konnte nicht annähernd entsprochen werden — ist das Verkehren dieser Besuche über die Sommermonate hinaus ausgedehnt worden. Am 1. Oktober ist letztmals ein Sonderzug nach Konstanz in Aussicht genommen, ferner je ein Sonderzug am 8. Oktober nach Triberg und zur Frankfurter Messe, am 15. Oktober nach Freiburg. Die ab 1. Oktober erhöhten Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt ab Karlsruhe werden betragen: nach Konstanz 152 Mk., nach Triberg 78 Mk., nach Freiburg 82 Mk., nach Frankfurt 90 Mk., einfache Fahrt 45 Mk. Sämtliche Sonderzüge ermäßigen Hin- und Rückfahrt an einem Tage und werden jeweils Sonntags verkehren. Da am 1. November eine weitere Tarifierhöhung durch Verdoppelung der Fahrpreise eintreift, bieten sie eine letztmalige billige Fahrgelegenheit. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des Badischen Verkehrsverbandes Kaiserstr. 145, Eingang Kammerstr., oder an den Verkehrsverein, Kaiserstr. 155, zu richten.

DZ. Ludwigsbad a. Rh., 21. Sept. Jahrestag der Dypauer Explosionskatastrophe. Am 21. September jährte sich zum ersten Male der Tag der Dypauer Explosionskatastrophe. Aus diesem Anlaß fanden für die Opfer des Dypauer Unglücks auf dem Hauptfriedhof sowie auf dem Friedhof in Dypau seitens der Verlangehörenden der Badischen Anilin- und Sodafabrik Gedächtnisfeiern statt.

DZ. Zweibrücken, 21. Sept. Die älteste Zeitung der Pfalz, im 100. Jahrgang erscheinende „Zweibrücker Zeitung“ hat ihrem gesamten, im Zeitungsbetrieb beschäftigten Personal zum 1. Oktober gekündigt, da sie von diesem Tage an nicht mehr erscheinen werde.

DZ. Vom Strohmarkt. Die Lage auf dem Strohmarkt wird immer trostloser. Es sind bereits Fälle bekannt, wo Stroh teurer gehandelt wird, als Heu. Die Verwendung von Torffreu nimmt nie dagewesene Formen an. Durch die diesjährige feuchte Witterung sind andererseits die Torfwerke in ihrer Produktion außerordentlich gehemmt.

DZ. Preissteigerung für Düngemittel. Eine ungeheure Preissteigerung hat in den letzten Wochen auch auf dem Markt für Kunstdünger eingetret. Für Kali und Stickstoffdünger werden Preise gefordert, die von den wenigsten Landwirten aufgebracht werden können. Welche Summen heute zur Beschaffung von Düngemitteln notwendig sind, kann aus der Tatsache ersicht werden, daß die Badische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft Karlsruhe allein 72 Millionen Mark an Krediten aufzubringen hätte, wenn sie die bei ihr eingegangenen Bestellungen als Düngemittel zur Ausführung bringen würde. Diese ungeheure Preissteigerung des Düngemittels bildet eine der größten Gefahren für die Sicherung der Volksernährung. Wenn wir ernien wollen, müssen wir düngen. Darum müssen Geld und Kredit für die Düngemittel beschafft werden.

Aus der Landeshauptstadt.

* Aufführung mittelalterlicher Musik. Das ausführliche Programm über die Aufführungen mittelalterlicher Musik ist nunmehr erschienen. Es enthält die genauen Programme der einzelnen Veranstaltungen, sowie die Quellen und Texte. Der Vortrag von Herrn Professor Dr. W. Gurlitt, der am Sonntag, den 24. September um 11^{1/2} Uhr stattfindet, wird die theoretischen und historischen Grundlagen der mittelalterlichen Musik vermitteln; sein Besuch ist daher zum Verständnis der 3 als Einheit zu betrachtenden Aufführungen nahezu als unerlässlich zu bezeichnen. Der erste Abend (Sonntag, den 24. September, 6 Uhr), ist vollständig der rein liturgischen Musik, der musica ecclesiastica gewidmet, die mit einer Messe gregorianischer Choräle veranschaulicht wird. Der zweite Abend (Montag, den 25. September, 5 Uhr), bringt die musica composita, d. h. die im Gegenjah zur liturgisch überlieferten Gregorianik komponierte Kunstmusik aus der Zeit des 12. bis 15. Jahrhunderts. Am Ende dieses Abends stehen Werke des letzten großen mittelalterlichen Meisters, zwei Motetten Guillaume Dufays. Die letzte Veranstaltung (Dienstag, den 26. September, 5 Uhr), veranschaulicht die mittelalterliche weltliche Musik, die musica vulgaris. Weltliche Motetten, Balladen, Lieder, Tanzmusik und Chansons mit instrumentaler Begleitung veranschaulichen den vielseitigen Reichtum der musikalischen Produktion der Epoche. Alles Nähere ist im Programmheft zu finden, das an der Portalkasse der Kunstschule erhältlich ist.

Badische Kunsthalle Karlsruhe.

Einleitender Vortrag von Prof. Dr. Gurlitt, Freiburg:

„Musik und Musikanschauung im Zeitalter der Gotik“

Sonntag, den 24. September, vormittags 11^{1/2} Uhr.

Sämtliche Veranstaltungen finden in den altbackenen Sälen der Badischen Kunsthalle statt.

Karten von 200—40 Mk. im Sekretariat der Badischen Kunsthalle und an der Hauptportalkasse.

Sonntagruhe im Handelsgewerbe betr.

Es ist ausnahmsweise für Sonntag, den 24. September 1922 die Offenhaltung der Cigarrenschäfte, sowie der Verkaufsläden der Metzgereien und der Bäckereien in der Stadt Karlsruhe in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags gestattet. R.389 Karlsruhe, den 20. September 1922. O.3.128 Bezirksamt I.

Auswanderungswesen betr.

Dem Herrn Arthur Währ, in Firma Red Star Line, Antwerpen, wurde gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1897 „das Auswanderungswesen betr.“ heute die Erlaubnis erteilt, bei der Beförderung von Auswanderern als Agent der Red Star Line durch Vorbereitung, Vermittlung und Abschluß von Beförderungsverträgen gewerbsmäßig mitzuwirken. R.390 Die Erlaubnis berechtigt zum Geschäftsbetrieb im Amtsbezirk Karlsruhe. Karlsruhe, den 11. September 1922. O.3.124 Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Das Auswanderungswesen betr.

Die dem Herrn Richard Gräbener am 24. Dezember 1902 gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1897 über das Auswanderungswesen erteilte Erlaubnis, bei der Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern als Agent der Red Star Line durch Vorbereitung und Abschluß von Beförderungsverträgen gewerbsmäßig mitzuwirken, ist erloschen. R.391 Etmalige Ansprüche aus der Geschäftsführung des genannten Auswanderungsagenten an die von ihm gestellte Kaution sind binnen 6 Monaten beim Bezirksamt anzumelden und zu begründen. Nach einem Jahre wird die Rückgabe der Kaution an Herrn Gräbener gemäß § 31 der Verordnung des Bundesrats vom 14. März 1898 betreffend Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmen und Agenten erfolgen. Karlsruhe, den 15. September 1922. O.3.127 Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Die Gebührenordnung der Kaminfeger betr.

Der Feuerungsanschlag auf den Grundgebühren der Kaminfeger wird mit Wirkung vom 15. September 1922 für die Stadt Karlsruhe auf 3000 % erhöht. R.392 Nach Zustimmung des Stadtrats hat der Herr Landeskommissar unsere Anordnung vom 24. Juli d. Js. für vollziehbar erklärt. Karlsruhe, den 21. September 1922. O.3.129 Bad. Bezirksamt Abt. III.

Unser Discontsatz beträgt 8%
unser Lombardsatz 9%
Mannheim, den 21. September 1922.
A.620 **Badische Bank.**

Nachtrag II zum Statut der Badischen Lokaleisenbahnen A.-G. in Karlsruhe,

gemäß Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 14. Juli 1922.

Die nachstehenden Paragraphen erhalten folgenden abgeänderten Wortlaut:
1. § 17. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren vom Aufsichtsrate zu ernennenden Mitgliedern. Die Ernennung erfolgt zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll in einer zu diesem Zwecke berufenen Sitzung des Aufsichtsrats.
Die den Mitgliedern des Vorstandes zu gewährenden Befehle, welche auch in einer Antizipation vom Reingewinn bestehen können, werden vom Aufsichtsrat festgesetzt. Der Aufsichtsrat ist berechtigt, diese Befugnis einer Kommission zu übertragen.
Die Mitglieder des Vorstandes legitimieren sich durch Auszug aus dem Handelsregister.
2. § 21. Die erste Zeile dieses Paragraphen erhält folgenden neuen Wortlaut:
Die von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats usw.
3. § 22. Der zweite Absatz des Paragraphen erhält folgenden Wortlaut:
Die Sitzungen des Aufsichtsrats, über welche Protokoll geführt werden muß, finden statt, so oft eine geschäftliche Veranlassung dazu vorliegt, und außerdem, wenn wenigstens 4 Aufsichtsratsmitglieder, oder der Vorstand es verlangen usw. A.622

Karlsruhe, im Juli 1922.

Badische Lokaleisenbahnen, Aktien-Gesellschaft.

ber am 8. Juli 1922 geb. Hildegard Schaaf, Kind der ledigen Emma Schaaf in Steinsfurt, klagt gegen den ledigen 25 Jahre alten Landwirt Georg Sanner, zuletzt wohnhaft in Abersbach, zurzeit an unbekanntem Orten in Amerika, unter der Behauptung, daß dieser als Vater des Kindes der Gewährung des gesetzlichen Unterhalts verpflichtet sei, mit dem Antrage auf Verurteilung durch vorläufig vollstreckbares Urteil gem. § 708b ZPO. zur Zahlung einer vierteljährlich voranzuzahlbaren Geldrente von 1500 Mk. von der Geburt bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes und zwar die rückständigen Beträge sofort und der Kosten des Rechtsstreits.

Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Badischen Amtsgericht zu Redarbischofsheim ist bestimmt auf Montag, den 27. November 1922, vormittags 10 Uhr.

Der Beklagte wird hierzu geladen.
Redarbischofsheim, den 15. September 1922.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
R.66. Bretten. In dem Konfuzie über das Vermögen des Kaufmanns Max Meyer in Bretten soll die Schuldbeteiligung erfolgen.
Dazu sind nach Abzug der Kosten u. Massegebühren 7521.60 Mk. bevorrechtigte, 3000 Mk. absonderungsberechtigte und 146 499.39 nicht bevorrechtigte Forderungen.
Das Schuldbuchverzeichniß liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht auf.
Bretten, 19. Sept. 1922.
Der Kontorsverwalter:
Schmidt,
Rechtsanwalt.

Aufgebot.
R.622. Rehl. Der Landwirt Karl Schwab in Rehlshaus hat beantragt, den verschollenen Karl Friedrich Witz, geboren am 15. Juni 1841 in Vordersmetz, zuletzt wohnhaft in Rehlshaus, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 11. Mai 1923, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Auforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Rehl, 1. Sept. 1922.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Sportartikel
A.620 jeder Art
preiswert und gut
Sporthaus Brannath
Karlsruhe Durlacher Tor
R.652 Redarbischofsheim. Der Baumwart Leonhard Schaaf in Steinsfurt, als Vormund

B
HOK
SPORT

Sportartikel
A.620 jeder Art
preiswert und gut

Sporthaus Brannath
Karlsruhe Durlacher Tor

R.652 Redarbischofsheim. Der Baumwart Leonhard Schaaf in Steinsfurt, als Vormund

ber am 8. Juli 1922 geb. Hildegard Schaaf, Kind der ledigen Emma Schaaf in Steinsfurt, klagt gegen den ledigen 25 Jahre alten Landwirt Georg Sanner, zuletzt wohnhaft in Abersbach, zurzeit an unbekanntem Orten in Amerika, unter der Behauptung, daß dieser als Vater des Kindes der Gewährung des gesetzlichen Unterhalts verpflichtet sei, mit dem Antrage auf Verurteilung durch vorläufig vollstreckbares Urteil gem. § 708b ZPO. zur Zahlung einer vierteljährlich voranzuzahlbaren Geldrente von 1500 Mk. von der Geburt bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes und zwar die rückständigen Beträge sofort und der Kosten des Rechtsstreits.

Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Badischen Amtsgericht zu Redarbischofsheim ist bestimmt auf Montag, den 27. November 1922, vormittags 10 Uhr.

Der Beklagte wird hierzu geladen.
Redarbischofsheim, den 15. September 1922.
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
R.66. Bretten. In dem Konfuzie über das Vermögen des Kaufmanns Max Meyer in Bretten soll die Schuldbeteiligung erfolgen.
Dazu sind nach Abzug der Kosten u. Massegebühren 7521.60 Mk. bevorrechtigte, 3000 Mk. absonderungsberechtigte und 146 499.39 nicht bevorrechtigte Forderungen.
Das Schuldbuchverzeichniß liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht auf.
Bretten, 19. Sept. 1922.
Der Kontorsverwalter:
Schmidt,
Rechtsanwalt.

Aufgebot.
R.622. Rehl. Der Landwirt Karl Schwab in Rehlshaus hat beantragt, den verschollenen Karl Friedrich Witz, geboren am 15. Juni 1841 in Vordersmetz, zuletzt wohnhaft in Rehlshaus, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 11. Mai 1923, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Auforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Rehl, 1. Sept. 1922.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Sportartikel
A.620 jeder Art
preiswert und gut
Sporthaus Brannath
Karlsruhe Durlacher Tor
R.652 Redarbischofsheim. Der Baumwart Leonhard Schaaf in Steinsfurt, als Vormund

B
HOK
SPORT

Sportartikel
A.620 jeder Art
preiswert und gut

Sporthaus Brannath
Karlsruhe Durlacher Tor

R.652 Redarbischofsheim. Der Baumwart Leonhard Schaaf in Steinsfurt, als Vormund